

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Peer Lilienthal, Dennis Jahn, Delia Susanne Klages und Thorsten Paul Moriße (AfD)

Arbeitszeitbelastung innerhalb der Staatsanwaltschaften und Gerichte

Anfrage der Abgeordneten Peer Lilienthal, Dennis Jahn, Delia Susanne Klages und Thorsten Paul Moriße (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 28.05.2026

Die niedersächsische Justiz steht Beobachtern zufolge vor erheblichen Herausforderungen. Beschäftigte an Gerichten und Staatsanwaltschaften berichten von hoher Arbeitsverdichtung, zunehmendem Personalmangel und wachsenden Schwierigkeiten bei der Bewältigung der täglichen Arbeitsabläufe¹. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an eine leistungsfähige und zügig arbeitende Justiz kontinuierlich.

Zu Beginn des Jahres 2026 kam es zu erheblichen Störungen in den IT-Systemen der niedersächsischen Justiz, die den Arbeitsbetrieb an Gerichten und Staatsanwaltschaften zeitweise massiv beeinträchtigten.² Medienberichten zufolge waren elektronische Anwendungen nur eingeschränkt nutzbar, Arbeitsabläufe verzögerten sich und Verfahren konnten teilweise nicht wie vorgesehen bearbeitet werden. Hinzu kommen anhaltende Herausforderungen bei der Einführung und Nutzung der elektronischen Akte. Beschäftigte berichten hierbei u. a. von technischen Problemen, zusätzlichem Arbeitsaufwand, Schulungsbedarf sowie ineffizienten Arbeitsprozessen während der Umstellungsphase.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Umfang die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in der niedersächsischen Justiz zugenommen hat und welche Auswirkungen sich insbesondere auf Überstunden, Krankheitstage und die personelle Situation ergeben haben. Eine dauerhaft überlastete Justiz gefährdet nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten, sondern auch die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates.

1. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten an den niedersächsischen Gerichten und Staatsanwaltschaften seit 2019 entwickelt (bitte nach Jahren, Gerichtsbarkeiten, Laufbahngruppen und Dienststellen aufschlüsseln)?
2. Wie viele Stellen sind derzeit an den niedersächsischen Gerichten und Staatsanwaltschaften unbesetzt (bitte nach Dienststellen sowie Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen aufschlüsseln)?
3. Wie hoch war in den Jahren seit 2023 die durchschnittliche Arbeitsbelastung der Staatsanwälte sowie der Beschäftigten im nichtrichterlichen Dienst (bitte nach Gerichtsbarkeiten und Jahren differenzieren)?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Entwicklung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der Beschäftigten an Gerichten und Staatsanwaltschaften vor?
5. Wie viele Überstunden beziehungsweise Mehrarbeitsstunden sind in den Jahren seit 2023 an den Staatsanwaltschaften angefallen (bitte nach Jahren und Dienststellen aufschlüsseln)?
6. Wie viele dieser Überstunden konnten jeweils durch Freizeitausgleich oder Auszahlung kompensiert werden?
7. Wie hoch war der durchschnittliche Krankenstand beziehungsweise die Zahl der Krankheitstage je Beschäftigten seit 2023 (bitte nach Jahren, Gerichtsbarkeiten und Beschäftigtengruppen aufschlüsseln)?

¹ www.mj.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/halbzeitbilanz/halbzeitbilanz-justiz-241482.html

² www.zeit.de/news/2026-01/28/justizministerin-it-stoerung-im-rechtsverkehr-behoben.html

8. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Entwicklung psychischer Erkrankungen beziehungsweise psychisch bedingter Fehlzeiten bei Beschäftigten der niedersächsischen Justiz (ohne Justizvollzug) seit 2019 vor?
9. Welche häufigsten Ursachen für längerfristige Erkrankungen sind der Landesregierung bekannt?
10. Welche Auswirkungen hatten die IT-Störungen zu Beginn des Jahres auf Arbeitsabläufe, Verfahrensbearbeitung und Arbeitszeiten an Gerichten und Staatsanwaltschaften?
11. Welche zusätzlichen personellen oder organisatorischen Belastungen ergaben sich nach Kenntnis der Landesregierung gegebenenfalls durch die Einführung der elektronischen Akte?
12. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Akzeptanz und Praxistauglichkeit der elektronischen Akte bei Beschäftigten der niedersächsischen Justiz vor?
13. Welche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention werden derzeit gegebenenfalls an Gerichten und Staatsanwaltschaften angeboten?
14. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur altersbedingten Personalentwicklung und zu bevorstehenden Pensionierungen in der niedersächsischen Justiz (ohne Justizvollzug) bis 2035 vor?
15. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung gegebenenfalls, um die Arbeitsbelastung an Gerichten und Staatsanwaltschaften zu reduzieren und die Attraktivität des Justizdienstes zu erhöhen?
16. In welchen Bereichen sieht die Landesregierung derzeit die größten personellen Engpässe innerhalb der niedersächsischen Justiz?
17. Welche Auswirkungen haben Personalmangel und Arbeitsbelastung nach Einschätzung der Landesregierung auf Verfahrensdauer und Qualität der Rechtspflege?
18. Welche Regelungen bestehen innerhalb der niedersächsischen Justiz hinsichtlich zulässiger Höchstgrenzen von Überstunden beziehungsweise Zeitguthaben (z. B. Ampelsysteme mit Grün-, Gelb- oder Rotbereichen), und wie unterscheiden sich diese Regelungen zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und Beschäftigtengruppen?
19. In wie vielen Fällen wurden seit 2023 innerhalb der niedersächsischen Justiz Überstunden beziehungsweise Zeitguthaben aufgrund tariflicher, organisatorischer oder verwaltungsinterner Höchstgrenzen gekappt, gestrichen oder nicht mehr anerkannt (bitte nach Jahren, Dienststellen und Beschäftigtengruppen aufschlüsseln)?
20. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, ob Beschäftigte aufgrund drohender Kappungen von Überstunden auf die Erfassung tatsächlich geleisteter Arbeitszeiten verzichten oder Überstunden außerhalb offizieller Zeiterfassungssysteme leisten?

(verteilt am 05.06.2026)